

# ZUGESPITZTE ATOMSPALTUNGEN?

(Dieser Artikel wurde vor dem Castortransport geschrieben)

**VEGA** Seit einiger Zeit hat die Anti-AKW-Bewegung enormen Zulauf. Das passt gut zu den absolut unzumutbaren Verlängerungen des AKW-Risikos, die der Gesetzgeber gerade in die Wege leitet. Festzustellen ist jedoch, dass sich die neuen Aktionsformen meist auf symbolische Massenaaktionen beschränken (Menschenkette), wo die Einzelnen dann doch eher passiv agieren, während die aus den Bewegungseliten stammenden Organisatoren Prestige und Medienaufmerksamkeit en masse einstreichen. Eine interessante neue Perspektive eröffnet hingegen der Aufruf „Castor? Schottern!“ der vor einigen Tagen veröffentlicht wurde.

Interessant aus verschiedenen Gründen: Zunächst einmal, weil die Grenze vom Protest zum Widerstand überschritten wird („Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“ - Ulrike Meinhof, 1968). Weil nicht mehr nur mit medienwirksamen Bildern appelliert (vielleicht auch aufgeklärt) wird, sondern weil tatsächlich die Gewaltverhältnisse (und etwas anderes war der Abbau von Uran, der Betrieb von AKWs und der Umgang mit dem Atommüll mit all ihren Risiken und

tagtäglichen Gesundheitsschäden und ökologischen Desastern noch nie) jetzt auch wirklich physisch und unmittelbar angegangen werden. Hierbei werden die TeilnehmerInnen auch eher zu tatsächlichen AkteurInnen als bei der bloßen Formierung zu Bildmaterial für den Medienbetrieb. Und schließlich: Es wird ernsthaft der Versuch unternommen, die Massenbasis die der außerparlamentarische Protest gegen die Atomkraft in den letzten zwei Jahren entwickelt hat (als eine von ganz, ganz wenigen Sozialen Bewegungen in Deutschland), auch auf das Gebiet des physischen Widerstandes zu übertragen. Das ist keine Selbstverständlichkeit! Denn während in den letzten Jahren die Menschenmassen eher bei den symbolischen Veranstaltungen auftauchten (Demo im Wendland bevor der Castor da ist, insbesondere aber Menschenketten, Umzingelungen, Großdemo in Berlin etc.) gab es zwar durchaus auch direkten Widerstand gegen die Atompolitik - dieser war zwar auch technisch oft hochqualitativ, jedoch ging er von recht überschaubaren Personenkreisen aus, und ist bei staatlichen Bedarf dementsprechend leicht zu kriminalisieren (als ein Beispiel von vielen sei hier auf die Castor-Blockade bei Berg vor 2 Jahren verwiesen). Sollte es nun gelingen, diesen Widerstand auf eine Massenbasis zu übertragen, dann würde dies nicht nur seine Kriminalisierung sehr erschweren. Auch seine gesellschaftliche Relevanz würde sprunghaft zunehmen.

Zu prüfen wird jedoch sein, inwieweit sich dies auf die Qualität der Inhalte der Anti-AKW-Bewegung auswirkt. Prinzipiell ist festzustellen, dass hier nicht nur auf theoretischer Ebene einiges an Ent-Radikalisierung stattgefunden hat. Das hat auch viel mit dem gesellschaftlichen Kontext zu tun. In den 70er und 80er Jahren war die Atomkraft ein wichtiges Programm, um große Mengen Kapital gewinnbringend loszuwerden. Wer sich der Atomkraft in den Weg stellte, der/die stand schon fast der Verwertung an sich im Weg. Dies mag auch ein Mitgrund gewesen sein, warum dieser Widerstand mancherorts bürgerkriegsähnliche Züge annahm.

Und auch ein wichtiger Bezugspunkt für die radikale Linke war (während heute Linksradike bei den AKW-Protesten durchaus vorhanden, aber doch eher Exoten sind).

Heute hat sich an der ökonomischen Bedeutung der Atomenergie einiges geändert. Die Sparte der erneuerbaren Energien wächst enorm schnell - und macht hohe Gewinne. Hier zeigt sich ein ganz anderes Bild als bei vielen anderen Einzelkämpfen: Das angegriffene Projekt ist nicht alternativlos für die erfolgreiche Kapitalverwertung. Das heißt aber nicht, dass die Alternativen des Kapitals zum Anliegen von emanzipatorische Bewegungen werden sollten! Denn auch die Durchsetzung der Erneuerbaren auf dem Markt ändert nichts daran, dass Produzierende und KonsumentInnen nicht die Produktionsmittel kontrollieren und dass der Strom nur für jene da ist, die ihn bezahlen können. Schließlich haben die, die mit Erneuerbaren Energien Geld verdienen zwar ein Interesse an der Durchsetzung der Erneuerbaren - aber nicht daran, den Klimawandel tatsächlich zu stoppen oder gegen die vielen sonstigen Zumutungen vorzugehen, die der Kapitalismus der Menschheit einbrockt - denn das macht sich nicht in ihrem Geldbeutel bemerkbar. Nicht zuletzt auch, dass es an einigen Orten lokale Proteste gegen Windkraftanlagen gibt, die so aufgestellt werden, dass sie die Lebensqualität der Anwohner\_innen beeinträchtigen, und zunehmende Berichte über miserable Arbeitsbedingungen in den Firmen<sup>[1]</sup> machen deutlich, dass die Gesetzmäßigkeiten des Marktes eben auch vor Ökos nicht Halt machen.

Angesichts der Auslastung der Stromnetze ist es jedoch Fakt, dass mit dem Ausbau/Neubau von AKWs und Kohlekraftwerken das weitere Wachstum der Erneuerbaren Energien ausgebremst wird - der Alptraum jedes, ganz egal wie gearteten Kapitals. Es handelt sich also längst um einen Konflikt zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen. Und naturgemäß hat keine von ihnen ein Interesse daran, dass der bürgerliche Staat bzw. der Kapitalismus an sich in Frage gestellt wird - denn mögen diese noch so destruktiv und unsozial sein, sie sind dennoch die Existenzbedingung jedes Kapitals. Dazu passend sind auch die

